



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen – Islam in Bayern Grenzen aufzeigen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die islamistischen Terroranschläge in Österreich, Frankreich und Dresden und begrüßt alle Bestrebungen in Bayern, Deutschland und den europäischen Partnerländern der Gefahr durch den radikalisierten Islam Einhalt zu gebieten.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Religionsfreiheit jederzeit zu achten ist, aber ihre Grenzen dort findet, wo aus ideologischen Gründen die freiheitlich-demokratische Grundordnung missachtet wird.
3. Der Landtag stellt fest, dass neben radikalisierten Islamisten auch vom legalistischen Islam eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgeht und fordert die Staatsregierung auf, diesem auf allen Ebenen Einhalt zu gebieten.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, durch regelmäßige Prüfung sicherzustellen, dass in Bayern tätige Imame, Moscheevereine und sonstige Zusammenschlüsse islamischen Glaubens auf dem Boden der bayerischen Verfassung und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Ist dies nicht der Fall, sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um ein weiteres Wirken sofort und nachhaltig zu unterbinden.
5. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass keinerlei ausländische Finanzierung und Einflussnahme auf Gruppierungen stattfinden, bei denen nicht sichergestellt werden kann, dass sie sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verschrieben haben.

Begründung:

Österreich, Frankreich, Dresden – in den vergangenen Wochen zeigte sich wieder, dass von Islamisten eine beträchtliche Gefahr ausgeht. Selbst Innenminister Horst Seehofer musste einräumen, dass von gewaltbereiten Islamisten eine erhebliche Gefahr ausgehe. Rund 600 davon leben in Deutschland. Gegen sie soll nun härter vorgegangen werden. Der Landtag verurteilt die feigen Anschläge und begrüßt jede Anstrengung auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, dem radikalisierten Islam Einhalt zu gebieten. Dazu gehören neben der Kappung von Finanzierungen und Propaganda, im Zweifel auch Abschiebungen und Ingewahrsamnahme von Gefährdern. Gerade der Fall in Österreich hat gezeigt, dass ein IS-Sympathisant sogar ein Deradikalisierungsprogramm an der Nase herumgeführt hat. Hier muss eine andere Härte im Umgang mit diesen Personen Einzug halten.

Gleichzeitig bleibt natürlich festzustellen, dass die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit ein hohes Gut ist. Allerdings ist die Abwägung immer mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu treffen, auf deren Wurzeln unser christlich geprägtes Land aufgebaut wurde und dass sozusagen zur DNA unserer Gesellschaft gehört. Jede Organisation die sich gegen diese Grundordnung wendet, verspielt ihre Daseinsberechtigung und muss verboten werden. Jede Person die dies nicht achtet, soll mit allen rechtlich möglichen Mitteln geahndet werden.

Dem Landtag ist dabei aber auch bewusst, dass der Fokus nicht nur auf dem radikalisierten Islam und islamistischen Gefährdern liegen muss. Vielmehr ist es wichtig, auch dem legalistischen Islam Einhalt zu gebieten. Die Verfassungsschutz-Behörden der Länder sehen in dieser eher gewaltfreien Ausprägung des Islam mittelfristig eine größere Bedrohung, da er eine Jurisdiktion und ein Weltbild unterschwellig verankern will, das unserer westlichen Prägung diametral entgegen steht¹. Dem ist unverzüglich Einhalt zu gebieten.

Um Radikalisierungen schon im Keim zu ersticken, ist die Staatsregierung aufgefordert, alle Imame, Moscheevereine und sonstige islamische Vereinigungen dahingehend zu prüfen, ob sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung achten und keinerlei Bestrebungen hegen, hier ein anderes Weltbild zu implementieren. Vor allem aus dem Ausland entsendete Imame sind dahingehend zu prüfen, dass sie nicht Ursprung einer Radikalisierung von Moslems werden. Bei nahezu jedem Terroranschlag lassen sich Verbindungen zu Moscheen oder Moscheevereinen ziehen, in denen sich die Attentäter zusätzlich radikalisiert haben. Vor allem salafistische Strömungen sind nachhaltig zu unterbinden. Ebenso ist sicherzustellen, dass bei begründetem Verdacht eines Angriffs auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung jedwede Tätigkeit und Finanzierung sofort unterbunden wird. Diese Verbote sind nachhaltig zu gestalten.

Zudem muss Sorge getragen werden, dass keine Einflussnahme und Finanzierung aus dem Ausland für vermeintlich islamische Gruppierungen erfolgt, die sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und diese verteidigen. Gerade die Unterstützung aus dem Ausland ist der Nährboden für die Unterwanderung unserer Gesellschaft. Dies darf in einem christlich geprägten Bayern nicht stattfinden.

¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/politischer-islam-101.html>